

Die zweite Dimension

von Rüdiger Meyer

Zum ersten Mal hat jetzt eine Studie die e-Government-Entwicklung in den Bundesländern untersucht. Ernüchterndes Ergebnis: Es fehlt an Konzepten, die über eine Binnensicht hinausgehen. Gefordert sind mehr Kooperation und mehr Bürgernähe.

Als vor einigen Jahren von den Unternehmen Cisco Systems und KPMG (heute: BearingPoint) der erste e-Government-Wettbewerb für Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen veranstaltet wurde, zeigte sich schnell, dass die deutschen Bundesländer bei der Entwicklung des e-Government höchst unterschiedliche Geschwindigkeiten vorlegten. Da gab es auf der einen Seite Pioniere wie die Freie und Hansestadt Hamburg, die den begehrten Preis für eine Gesamtstrategie erhielten, aber auch Länder wie Nordrhein-Westfalen, die eher mit einzelnen Pilotvorhaben auffielen. Seitdem hat sich in der e-Government-Entwicklung der Bundesländer viel getan.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat jetzt die Management- und IT-Beratung Cap Gemini Ernst & Young eine Untersuchung mit dem Titel „eGovernment in den Bundesländern – Sachstand und Perspektiven“ erstellt. Damit konnte eine Lücke geschlossen werden. Während die Aktivitäten des Bundes mit der Regierungsinitiative BundOnline 2005 hinreichend dokumentiert und die kommunalen Ansätze durch die MEDIA@Komm-Initiative ausreichend analysiert und kritisch kommentiert worden sind, fehlt es auf Länderebene an

Transparenz bei der Entwicklung des e-Government. Die Studie ist allerdings bewusst nicht als Benchmarking-Studie angelegt worden. Vielmehr wurden vorhandene Strategien und Projekte so aufbereitet, dass ein Überblick über Schwerpunkte des e-Government der Bundesländer gewonnen werden kann.

Ähnlich wie die Bertelsmann-Stiftung (Projekt und Studie „Balanced E-Government“) stellt Cap Gemini Ernst & Young unter Verwendung der Speyerer Definition von e-Government heraus, dass die gewählten Strategien zwei Dimensionen haben sollten: Zum einen die Modernisierung und Optimierung der Prozesse in der öffentlichen Verwaltung und damit eine Fortschreibung der Binnenmodernisierungsansätze für das kommende digitale Zeitalter. Zum anderen die Förderung von Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten von Wählern und Gewählten durch mehr Transparenz, Kommunikation und Transaktion. Somit stellt e-Government eine politisch-strategische Herausforderung dar, der alle Gebietskörperschaften begegnen müssen.

Es ist in den letzten Monaten zu Recht viel beklagt worden, dass Kooperation und Koordination bei



e-Government: Nichts als Insellösungen?

der Entwicklung des e-Government unter föderalen Bedingungen selten oder gar nicht stattfanden. Nahezu alle Bundesländer haben ihre jeweilige e-Government-Landesstrategie – allein oder mit Beratern – eigenständig entwickelt. Hinzu kommen noch die zahlreichen kommunalen e-Government-Strategien, die in der Regel jedoch mit der Landesstrategie kaum verzahnt sind, sowie die diversen Bundesinitiativen wie BundOnline 2005 oder MEDIA@Komm. Diese Vielfalt an nicht integrierten Insellösungen ist ein wesentlicher Hemmschuh für die Entwicklung eines e-Govern-

ment unter dem jetzt von der Bundesregierung propagierten Motto „DeutschlandOnline“.

Nimmt man nun die Gesamtheit aller e-Government-Strategien der Bundesländer, so zeigt sich, dass im Wesentlichen drei Ziele im Vordergrund stehen, die in den einzelnen Bundesländern aber jeweils unterschiedlich gewichtet werden:

Erstens soll die Verstärkung der Bürgernähe und die Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden in den Mittelpunkt gestellt werden.

Zweitens wird die Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Leistungserstellung propagiert.

Drittens soll mit e-Government auch ein Standortvorteil im Wettbewerb der Bundesländer erreicht werden.

Nahezu einhellig gehen dabei alle Bundesländer davon aus, dass es in den nächsten Jahren eine Zweigleisigkeit von Offline- und Online-Verwaltung geben wird, die auch erforderlich ist, wenn man eine digitale Spaltung der Gesellschaft in „Onliner“ und „Offliner“ verhindern will.

Zur Verstärkung der Bürgernähe und der Kundenorientierung verfolgen einige Bundesländer die Vision der 24-Stunden-Verwaltung. Durch Umsetzung einer Multikanal-Strategie soll der Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen auf unterschiedlichstem Wege – Portale, Call-Center, Multi Messaging und anderen mehr – erfolgen. Außerdem werden vereinzelt bereits mobile Services entwickelt – so beispielsweise in Berlin.

Um Verwaltungsdienstleistungen effizienter und effektiver anbieten zu können, kommt es im Wesentlichen auf eine integrierte Strategie zwischen den Bundesländern und ihren Kommunen an. Eine gemeinsam geteilte Vision und erarbeitete Strategie führt zur Realisierung von ökonomischen Skaleneffekten, was gerade beim Ausbau der für e-Government erforderlichen Infrastruktur ausschlaggebend sein wird. Bedauerlicherweise sind hier jedoch große Defizite zu verzeichnen. Selbst die erst jüngst vorgestellte e-Government-Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen geht auf dieses Erfordernis nur am Rande ein.

Nun beinhaltet die Speyerer e-Government-Definition zwei wesentliche Elemente, die mit Regieren und Verwalten umschrieben werden. Bezüglich verwaltungsbezogenem e-Government im Sinne von e-Administration scheint sich in Deutschland am Horizont langsam ein Konsens bei strategischen Überlegungen und Projekten abzuzeichnen. Die größten Defizite lassen sich jedoch noch immer im Hinblick auf das „Regieren“ erkennen.

Dass durch e-Government im ganzheitlichen Sinne die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger entscheidend verbessert werden können, hat der Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ bei der Vorstellung der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgehoben. Dabei plädierte Bürsch dafür, das Internet in Deutschland als Medium bürgerschaftlicher Vernetzung, Kom-

munikation und Partizipation in stärkerem Maße zu nutzen.

Sieht man sich jedoch die e-Government-Visionen, die daraus abgeleiteten Strategien und die Realisierung konkreter Projekte an, dann erkennt man rasch, dass weder in den Bundesländern noch im Bund an diese Herausforderung mit der gleichen Intensität herangegangen wird wie an die Dimension „e-Administration“. Was aber e-Government für die politische Teilhabe bedeuten kann, zeigte sich während des Irakkriegs im Februar, als mithilfe des Internets die größte Friedensdemonstration initiiert wurde, die es in Deutschland bislang gab.

Rüdiger Meyer ist zuständig für e-Government im Bereich Public Services bei Cap Gemini Ernst & Young, Berlin.

Web-Service

Studie „eGovernment in den Bundesländern – Sachstand und Perspektiven“:

- www.de.cgey.com/presse
„Speyerer Definition von Electronic Government“ (Autoren: Jörn von Lucke, Heinrich Reiner mann, Juli 2000):
- <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf>

Informationen zur e-Government-Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen:

- www.im.nrw.de/inn/159.htm
BundOnline 2005: Übersicht über die bereits realisierten Dienstleistungen im „Fortschrittsanzeiger“:
- www.bund.de/BundOnline-2005/Fortschrittsanzeiger-.7021.htm
DeutschlandOnline: Presseerklärung des Bundesinnenministeriums:
- www.bund.de/Anlage98495/pdf_datei.pdf

Diese Links finden Sie auch unter www.kommune21.de.